

ANFRAGE von Ralf Margreiter (Grüne, Zürich) und Markus Späth-Walter (SP, Feuerthalen)

betreffend BBT-finanzierte und kantonale Projekte zur Stärkung der beruflichen Grundbildung

Der Sonntagszeitung vom 19. April 2009 ist zu entnehmen, dass auf Bundesebene sage und schreiben 100 Mio. bzw. 40 Prozent der Innovationsmittel, die das Berufsbildungsgesetz für die Grundbildung zur Verfügung stellt, nicht abgeholt worden sind. Es fehle an Projekten. Natürlich ist auch das BBT selbst bislang kaum durch entschiedenes Handeln für den Lehrstellenmarkt aufgefallen, und natürlich steht dieser sogenannte «Innovationszehntel» auch den Organisationen der Arbeitswelt offen. Zentral sind aber Projekte aus den Kantonen - und die machen offenkundig nicht genug vorwärts, auch der Kanton Zürich nicht. Noch immer fristet die Berufsbildung ein stiefmütterliches Dasein.

Angesichts der klaren Zustimmung des Zürcher Stimmvolkes und der breiten Allianz zur Stärkung der Berufsbildung, die im Abstimmungskampf manifest wurde, fragt man sich: Woher die Scheu? Was braucht es noch, damit die Berufsbildung aus ihrem stiefmütterlichen Dasein im Rahmen der kantonalen Bildungsbestrebungen befreit wird und endlich - auch öffentlich sichtbar - die ihrer Bedeutung adäquate Rolle erhält?

Die Lage auf dem Lehrstellenmarkt entbindet den Kanton jedenfalls nicht der Pflicht, hier mit konkreten Schritten voranzugehen.

Wir bitten den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele und welche Projekte hat der Kanton Zürich in den vergangenen Jahren sowie im laufenden Jahr beim BBT zur (Mit-)Finanzierung eingereicht? Mit welchem Resultat?
2. Für welche Projekte hat der Kanton die Zusammenarbeit mit oder die Unterstützung von Organisationen der Arbeitswelt zwecks Projektausarbeitung und -eingabe beim BBT zur Nutzung des «Innovationszehntels» gesucht? Mit welchem Erfolg?
3. Wie beurteilt der Kanton die Vergabe der Innovationsmittel durch das BBT? Müssten für eine aktivere Nutzung durch den Kanton Rahmenbedingungen oder Kriterien verändert werden?
4. Zur Schaffung und Unterstützung von Lehrbetriebsverbänden hat sich der Regierungsrat in seiner Stellungnahme zu Anfrage KR-Nr. 374/2008 unlängst geäußert. Er stellt dabei «im Rahmen der finanziellen und personellen Ressourcen» zusätzliche Massnahmen zur Förderung von Lehrbetriebsverbänden in Aussicht. Welche Massnahmen werden durch Ressourcenknappheit verunmöglicht und würden bei Alternativfinanzierung umgesetzt? Arbeitet der Kanton konkret auf die Schaffung von Verbundlösungen insbesondere im Bereich der Gesundheits- und Betreuungsberufe hin? Wo, wie?
5. Ein anerkanntes Problem besteht im Fehlen ausreichender Kapazitäten für einen Lehrbetriebs- und Lernendensupport mit niederschwelligem Zugang und breiterer, unkomplizierter Beratung. Was unternimmt der Kanton (selbst oder mit BBT-Mitteln) zur Behebung dieses Problems, das für die Sicherung der Ausbildungsbereitschaft sowie für die Schaffung neuer Ausbildungsplätze eminent wichtig ist?

6. Das BBT stellt im Rahmen der «Stabilisierungsmassnahmen Stufe I in der Berufsbildung» vom 12. März 2009 explizit Mittel für innovative Projekte zur Unterstützung von Ausbildungsbetrieben zur Verfügung, die niederschwellige Lehrstellen anbieten. Sind beim Kanton hierzu bereits Projekte in Erarbeitung, bzw. sind solche geplant?
7. Das BBT stellt im Rahmen der genannten Stabilisierungsmassnahmen auch Mittel zur Stärkung des Case Managements bereit. Laut Aussagen des BBT kann ein Casemanager erfahrungsgemäss ca. 50 Personen betreuen. Wie viele Personen sind im Kanton Zürich für Massnahmen des Case Managements zuständig? Sieht die Regierung hier Aufstockungsbedarf? Und ist sie bereit, zusätzliche Casemanagerstellen nach dem Verteilschlüssel Bund 60% / Kanton 40 % wie vom BBT angeboten zu schaffen?

Ralf Margreiter
Markus Späth-Walter